vinetur

Moldau führt nationale Steuern auf Importe aus Transnistrien schrittweise ein – beginnend mit Alkohol und Tabak

Ein Dekret führt Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern schrittweise ein, um den Handel der abtrünnigen Region bis 2030 anzugleichen

Montag, 21. September 2026



Moldau hat einen Regierungsbeschluss veröffentlicht, der die steuerliche Behandlung von Waren vereinheitlichen wird, die Wirtschaftsakteure aus der Region Transnistrien ins Land bringen, und die Mehrwertsteuer sowie Verbrauchsteuern schrittweise ausdehnen wird, während die Regierung den Handel aus diesem Gebiet an das nationale Steuersystem angleicht.

Der Beschluss wurde am 28. Aug. im Amtsblatt des Landes veröffentlicht und legt einen Stufenplan für die Anwendung von Mehrwertsteuer- und Verbrauchsteuerregeln auf bestimmte Kategorien importierter Waren fest, die von in Transnistrien ansässigen Unternehmen abgewickelt werden. Nach der Maßnahme ist das erklärte Ziel der Regierung, eine einheitliche Anwendung von Steuer- und Zollrecht in ganz Moldau sicherzustellen, fairere Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und Unternehmen aus der Region schrittweise in den nationalen Steuer- und Zollrahmen zu integrieren.

Die erste Stufe soll am 1. Sept. 2026 beginnen. Ab diesem Datum gilt das neue Regime für eine Gruppe von Waren, zu der alkoholische Getränke, Tabak- und Nikotinprodukte, Parfüms, pyrotechnische Erzeugnisse, Pelze, Schmuck und Edelsteine sowie bestimmte Transportmittel gehören. Die Einbeziehung alkoholischer Getränke dürfte von Importeuren, Vertriebshändlern und Einzelhändlern genau beobachtet werden, weil Änderungen bei Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern die Preisgestaltung und den Wettbewerb auf Moldaus Getränkemarkt beeinflussen können, auch bei Wein, Bier und Spirituosen.

Für andere Warenkategorien erfolgt der Übergang später. Der Regierungsbeschluss sagt, dass einige Rohstoffe und Erdölprodukte ab dem 1. Jan. 2027 unter die neuen Bestimmungen fallen werden. Eine weitere Stufe ist für den 1. April 2027 vorgesehen, wenn das Regime auf Erdgas, Strom, Telefongeräte und Computer ausgeweitet werden soll.

Die moldauischen Behörden erklärten, der schrittweise Ansatz solle Unternehmen Zeit zur Anpassung geben und die Auswirkungen auf Preise und Verbraucher begrenzen. Dieser Zeitplan deutet darauf hin, dass die Regierung versucht, ihre fiskalischen und regulatorischen Ziele mit dem Risiko von Störungen für Unternehmen in Einklang zu bringen, die auf Lieferketten mit der transnistrischen Region angewiesen sind. Indem

die Maßnahmen über mehrere Jahre und auf verschiedene Produktgruppen verteilt werden, wollen die Behörden offenbar einen plötzlichen Schock in sensiblen Sektoren wie Energie, Konsumgütern und bereits verbrauchsteuerpflichtigen Produkten vermeiden.

Das übergeordnete Ziel ist, das allgemeine Steuersystem bis 2030 vollständig auf Waren anzuwenden, die von Wirtschaftsakteuren aus der transnistrischen Region importiert werden, und zwar unter denselben Bedingungen wie für Unternehmen im übrigen Moldau. Praktisch würde das die schrittweise Abschaffung einer Sonderbehandlung für diese Importe und eine engere Angleichung an die Steuerregeln bedeuten, die den Handel landesweit regeln.

Die Maßnahme hat auch politisches und wirtschaftliches Gewicht, weil sie einen der sensibelsten Bereiche von Moldaus innerwirtschaftlichem Verhältnis berührt. Transnistrien ist eine Region außerhalb der Kontrolle der Zentralregierung in Chisinau, und Handelsregelungen mit dort ansässigen Unternehmen erforderten seit Langem eine Sonderbehandlung. Mit der Bewegung hin zu einem einheitlichen Steuer- und Zollsystem signalisiert die moldauische Regierung, dass sie wirtschaftliche Aktivitäten enger an nationale Institutionen und rechtliche Standards binden will.

Für die Getränkeindustrie könnte die frühe Anwendung des neuen Regimes auf alkoholische Getränke schon vor Inkrafttreten späterer Stufen unmittelbare geschäftliche Folgen haben. Wenn die Importkosten steigen oder sich administrative Anforderungen ändern, könnten Unternehmen ihre Groß- und Einzelhandelspreise anpassen, und Händler ihre Beschaffungsstrategien überprüfen. Das Ausmaß jeder Veränderung wird davon abhängen, wie Unternehmen die neuen Abgaben auffangen und wie schnell sich der Markt anpasst, sobald der Starttermin am 1. Sept. erreicht ist.